

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

6.3.1908 (No. 74)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. März

No. 74.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 164), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Selber frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. Februar d. J. gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Simon Weber an der Universität Freiburg zum ordentlichen Professor der neotestamentlichen Literatur in der theologischen Fakultät dieser Hochschule zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. Februar d. J. gnädigst geruht, dem außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg, Dr. Max Freiherrn von Waldberg, den Titel ordentlicher Honorarprofessor zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die politische Lage.

Die in der Rede des Staatssekretärs Sir Edward Grey befürwortete Idee der Einsetzung eines den Mächten verantwortlichen Gouverneurs für Mazedonien ist, wie aus Wien verlautet, vom englischen Kabinett bisher nicht angeregt worden, und in dortigen diplomatischen Kreisen glaubt man auch nicht, daß eine solche Anregung in der nächsten Zeit erfolgen werde. Man ist der Ansicht, daß für die englische Regierung die Gouverneurfrage in zweiter Reihe steht, umso mehr, als Mazedonien tatsächlich an Generalinspektor Hilmi Pascha einen obersten Verwaltungsbeamten besitzt, dem allerdings das Verfügungsrecht über die Truppen fehlt, der aber den bisherigen Abmachungen gemäß während einer bestimmten Reihe von Jahren nicht absetzbar ist. In der ersten Reihe der Wünsche der englischen Regierung steht vielmehr der Gedanke der Verwendung der Gendarmen zur Bekämpfung der Banden, gegen den sich Oesterreich-Ungarn und Rußland schon einmal ausgesprochen haben, der aber von der englischen Regierung noch immer favorisiert wird. An ein isoliertes Vorgehen denkt das Londoner Kabinett nicht, wie aus dem jetzt vorliegenden vollständigen Wortlaut der Rede Greys hervorgeht.

Was die Beziehungen zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg betrifft, so wird berichtet, daß sie auch nach der Kontroverse über die Sandtschalbahn durchaus freundschaftlich und vertrauensvoll geblieben sind. Die Erhaltung dieser Beziehungen liegt nicht nur im österreichisch-ungarischen und im russischen Interesse, sondern entspricht auch dem allgemeinen europäischen Friedensbedürfnis. In diesem Sinne hat sich der deutsche Botschafter Graf Pourtales in einer Unterredung mit dem Minister Tswolsky über die letzten Ereignisse ausgesprochen.

(Telegramme.)

Wien, 4. März. In der heutigen Morgennummer des Wiener Fremdenblatt ist die Rede von den Ausführungen, welche Staatssekretär Grey im englischen Unterhause über das mazedonische Problem gehalten hat. Der Artikel konstatiert mit Genugtuung die Tatsache, daß auch die englische Regierung die Fortdauer des Balkankongresses wünsche und daß aus der Rede hervorgehe, daß die englische Regierung entgegen der an manchen interessierten Stellen ausgesprochenen Vermutung, jede Lösung des Kongresses nicht billigen und nicht unterstützen würde, die eintreten müßte, wenn einzelne Mächte in dem Kongress dahin lämen, sich mehr um ihre Beziehungen zu einander, als um das Programm der mazedonischen Reform zu sorgen. Dieser Teil der Greyschen Erklärung wurde außerordentlich beruhigend und mußte dankbar entgegengenommen werden. Bezüglich der Aufhebung Greys über das Sandtschalbahnprojekt wendet das Fremdenblatt ein, daß ein Zusammenhang zwischen der Sandtschalbahn und dem Fortgang der Justizreform, wie ihn der englische Staatsmann konstruiert habe, nicht leicht begreiflich sei. Es scheint fast, daß die Beziehungen zweier nicht zusammengehöriger Dinge aufeinander mehr einer aus kurzweiligen verursachten Konzeption an die Gefühle derjenigen war, deren falsche Deutung unseres Bahnprojektes ein wenig zu sehr den Eindruck der Abfälligkeit hervorrief. Allerdings darf nicht übersehen werden, in welchem Zeitpunkt diese Konzeption erfolgte, die den sonst so sympathischen Eindruck der Rede Sir Edward Greys ein wenig zu beeinträchtigen geeignet ist. Weiter aber hat die russische Regierung in einem Artikeltelegramm an die Vertreter im Auslande unserem Bahnprojekt gegenüber einen Standpunkt entwickelt, der eine geänderte und beruhigte Situation anzeigt, so daß man sich einer allzu starken Betonung gerade dieses Teiles der Rede Greys enthalten kann. Der Artikel spricht sodann einzelne Reformvorschlüsse, die in den Reden Greys und Tswolskys enthalten sind und schließt mit der Bemerkung: Einer der englischen Vorschläge ist schon heute der Annahme fähig: Man werde mit Einigkeit und Entschlossen-

heit an der Reform weiterarbeiten, aber die Entschlossenheit dürfe nicht so weit gehen, daß man durch ein Zuviel an Wünschen das Erreichbare gefährde.

Wien, 5. März. In der gestrigen Plenarsitzung der ungarischen Delegation erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung Bela Kotonosky, die Angelegenheit der Sandtschalbahn habe in der gesamten europäischen Presse lebhaft Opposition gegen den Minister des Äußeren heraufbeschworen. Die jüngste Rede des Staatssekretärs Grey habe diesen Angriffen die Krone aufgesetzt. Er hoffe, daß das Ministerium trotzdem auf dem von der ungarischen Delegation gebilligten Wege fortzuschreiten werde.

Deutsch-englische Beziehungen.

Endlich ist im englischen Parlament von offizieller Stelle aus, ein beruhigendes Wort über die deutsche Flotte gesprochen worden. Ein Mitglied der radikalen Partei hatte eine Resolution für Einschränkung der Rüstungsausgaben beantragt und sie mit dem Hinweis auf die Beziehungen des Reiches zu Frankreich und Rußland und auf die Stimmung in Deutschland begründet. Ein anderer radikaler Redner unterstützte den Antrag, und forderte in warmen Worten zu freundschaftlichem Verhalten gegenüber dem deutschen Volke auf, das an die Möglichkeit eines unvorhergesehenen englischen Angriffs glaube. Daraus antwortete der Schatzsekretär Asquith mit einem Amendement, das die Verminderung der militärischen Ausgaben nur insoweit für zulässig erklärt, als sie mit einer angemessenen Verteidigung der britischen Besitzungen zu vereinbaren ist, und die große Mehrzahl der Regierungsanhänger, der sich auch die Opposition anschloß, stimmte gegen den radikalen Antrag. Aber die Rede, in welcher Asquith seinen Standpunkt klarlegte, besprach das Verhältnis zu Deutschland in einer Weise, die jedes Mißverständnis ausschließt, und man muß diese Ausführungen der Reihe von Kundgebungen anreihen, die darauf hinwirken, die beiden Länder einander näher zu bringen. Asquith ist schon jetzt einer der einflussreichsten englischen Politiker, und man ist darüber einig, daß ihm, wenn der Gesundheitszustand des Premierministers Sir Campbell-Bannerman sich nicht bessern sollte, die Führerschaft des Unterhauses zufallen würde. Der Ausbau der deutschen Flotte ist bekanntlich ein sehr beliebtes Thema für alle, die in England die Feindschaft gegen Deutschland predigen, ein Thema, das oft bis zur Unbegreiflichkeit ausgenützt wird. Man gelangte zum Schluß, Deutschland zu beneiden, seine Schiffsbauten einzustellen. Zuerst nahm dieser Gedanke die Form eines allgemeinen Vorschlags zur Begrenzung der Rüstungen an; da dieser Vorschlag, der auf der Haager Konferenz vorgelegt werden sollte, dort schließlich zum Ausdruck eines Wunsches zusammenschrumpfte, haben in den letzten Wochen liberale englische Blätter angeregt, mit Deutschland direkt zu verhandeln, damit man so in die Lage komme, auf eine neue Vermehrung der Flottenkosten zu verzichten. Es ist immer dieselbe thörichte Auffassung, daß die Gefahr von Deutschland komme, daß zwar ein französisches, amerikanisches, japanisches, russisches Panzergeschwader verhältnismäßig mit Ruhe betrachtet werden könne, daß aber ein deutsches sehr bedenklich und besorgniserregend sei. Dieser Auffassung nun ist der Schatzsekretär in seiner Rede entgegengetreten. England sagte er, habe allen Grund, zu hoffen und zu vertrauen, daß die beiden Völker mit jedem Jahre in vollständigem gegenseitigen Verstehen einander immer näher kommen werden; es habe kein Recht, mit Argwohn oder Furcht irgend eine Flottenvergrößerung anzusehen, die den wirtschaftlichen und militärischen Bedürfnissen eines Landes entspricht, das über eine schnell wachsende Bevölkerung verfügt, die immer mehr auf überseeische Nahrungsmittel und Rohstoffe angewiesen und verpflichtet sei, einen stets zunehmenden überseeischen Handel zu schütten. Damit hat der englische Schatzsekretär die deutsche Flottenvermehrung so erklärt, wie sie vernünftigerweise erklärt werden muß, ohne alle Gespensterfleherei und ohne Parteilichkeit. Englands Flottenpolitik ist, wie er betonte, rein defensiv; es ist also gar kein Anlaß, die viel bescheideneren deutsche für offensiv auszugeben. Was für England von höchster Wichtigkeit ist, das ist auch nicht unwichtig für Deutschland, so wenig unwichtig wie für andere Länder, deren Reichthum zum Teil auf der Sicherheit der Wasserwege beruht. Der Gegensatz zwischen Deutschland und England war eine Zeit lang die beherrschende Tatsache der internationalen Politik, und er ist zwar gemildert, aber noch nicht geschwunden. Wo immer kleinere oder größere Differenzen entstehen, die sich auf mehrere Mächte erstrecken,

macht sich auch dieser Gegensatz im Hintergrunde geltend, ob er nun offen einbekannt wird oder nicht. Zum Teil ist er Handelsrivalität; solche Rivalitäten sind zahlreich, aber wenn sie nicht durch gegenseitigen nationalen Haß vergiftet sind, können sie nach moderner Auffassung schwerlich zum Zusammenstoß zwischen zivilisierten europäischen Völkern führen. Die Handelsrivalität wird bleiben, und die ihr entsprechende Stimmung wird nicht leicht verfliegen, wenn nicht stärkere anderweitige weltpolitische Kombinationen sie durchkreuzen. Wohl aber kann das Gefühl der Gegnerschaft sich immer mehr abdämpfen, wenn man zugesteht, daß beide Rivalen nebeneinander leben können, daß England sogar den Vorrang an Reichthum nicht zu verlieren braucht, wenn auch andere reicher werden, und daß nicht die Vernichtung des einen nötig ist, damit der zweite sich eine behaglichere Existenz bereiten könne. Diese sehr einfache Wahrheit ans Licht zu bringen, wird auch die Rede des Schatzsekretärs Asquith beitragen, und darum ist sie ein politisch bemerkenswertes Ereignis.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 4. März.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt (fortfahrend): Bevor er zu dem Plane einer Außenhandelsstelle endgültig Stellung nehme, müsse er abwarten, bis die Beteiligten ein bestimmtes, seit umrissenes Programm vorlegen und Auskunft über die Kosten erteilen. Endlich müsse festgestellt werden, wie diese Kosten aufgebracht werden sollen. Erst dann könne die Regierung Stellung dazu nehmen und entscheiden, ob sie die beantragte Unterstützung gewähren könne. Ohne Mitwirkung und ohne das Vertrauen aller an dem Außenhandel beteiligten Kreise würde eine solche Organisation zu einer Zersplitterung führen. (Zustimmung). Er habe die Verbände, welche sich hierfür interessieren, vorläufig beschieden und behalte sich ein abschließendes Urteil vor, bis die Antworten eingegangen seien. Gegenüber den gestern vorgebrachten Volksbeschwerden habe er hervor, daß die Reichsverwaltung von jeher und auch gegenwärtig bemüht war, begründeten Beschwerden in Volksangelegenheiten Abhilfe zu schaffen, insonderheit auch denjenigen Beschwerden, welche sich gegen die Anwendung der vertragsmäßig gebundenen Tariffsätze richteten. Wenn in dem vorgetragenen Falle die Bemühungen der Reichsverwaltung ohne Erfolg geblieben seien, so könne er dies nur bedauern. Gegenüber den gestrigen Beschwerden des Abg. Schmidt, betreffend die Arbeitsverhältnisse in den Hütten- und Walzwerken, habe er sich mit dem preussischen Minister in Verbindung gesetzt, der eine Reihe von Bestimmungen entworfen habe, durch welche Abhilfe geschaffen werden könne. Dieser Entwurf werde in den allernächsten Tagen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter besprochen werden. Sobald das Ergebnis der Reichsverwaltung vorliege, werde sie in der Lage sein, dazu Stellung zu nehmen. Betreffend die Einführung einer Pensionsversicherung für die Privatbeamten hoffe er, daß die diesbezügliche Denkschrift im Laufe der nächsten Monate der Öffentlichkeit übergeben werden könne. Es werde sein Bestreben sein, in dieser dringlichen und schwierigen Frage mit den zunächst Beteiligten engste Fühlung zu halten. Er sei gefragt worden, ob es richtig sei, daß er das Hilfsstaflengesetz zurückziehen wolle; diese Absicht bestände bei den Verbündeten Regierungen und bei ihm nicht. Die Mißstände, die sich ergeben hätten, müßten geändert werden. Es sei gestern auf die Resolution des Zentrums verwiesen worden, welche eine Zusammenstellung, betreffend den Stand der Knappschaftsvereine, die Zahl der Mitglieder, die Höhe der Beiträge usw., will. Soweit er übersehen könne, liege das in der Resolution geforderte Material für Preußen wenigstens in den jährlich veröffentlichten Statistiken vor. Dem Wunsche Gotheins entsprechend, Ermittlungen über den Rückgang des Invaliditätsalters anzustellen, habe er sich mit dem preussischen Handelsminister in Verbindung gesetzt, der die Oberbergämter durch Erlaß vom 5. Januar zu den erforderlichen Ermittlungen angewiesen habe. Der Reichskanzler habe darauf auch an die anderen Bundesstaaten ein ähnliches Ersuchen gerichtet. Der Handelsminister habe Vorsorge getroffen, daß die Knappschaftsärzte und Knappschaftsältesten zugezogen werden, um einwandfrei den Ursachen der beklagten Erscheinungen nachzugehen. Der Rückgang verteilte sich nicht gleichmäßig in Preußen. In einzelnen Oberbergamtsbezirken sei überhaupt kein Rückgang zu verzeichnen, in anderen ein so beträchtlicher, daß in den letzten 20 Jahren bei der Gesamtheit der preussischen Knappschaftsvereine das Invaliditätsalter von 49 auf 44,7 Jahre zurückgegangen sei. Der Staatssekretär teilte mit, daß der preussische Handelsminister entsprechend dem im Abgeordnetenhaus angenommenen Antrags Bruch eine Zusammenstellung von den Beiträgen und Leistungen aller preussischen Knappschaftskassen seit dem Inkrafttreten der Berggesetznovelle angefertigt habe, die unabweislich zur Klärung der ganzen Frage wesentlich beitragen werde. Auf die Arbeitskammer in übergehend, konstatierte der Staatssekretär zunächst gegenüber der Legation in dem Verhältnis zu Oldenburg, daß nach der Erklärung des oldenburgischen Vertreters dieses keinen Grund habe, bestimmt zu sein. Die Kritik habe sich namentlich

über die Arbeitskammern ziemlich reichlich hergemacht, namentlich die Sozialdemokraten hätten es als einen Entwurf des Scharfmachertums bezeichnet. Wenn die Sozialdemokraten von ihrer Einseitigkeit lassen wollten, würde man weiter kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kern der gesamten Arbeitskammerfrage scheint ihm darin zu liegen, ob man sie sachlich oder territorial organisieren soll. Der Ausgangspunkt bei der Frage der Bildung der Arbeitskammern war der, daß man dem Arbeiterstande eine gesetzlich sanktionierte Vertretung schaffen wollte, welche ihm die Möglichkeit gebe, die speziellen ständischen Interessen in derselben Weise zur Geltung zu bringen, wie es anderen Berufsständen schon jetzt möglich sei. Erfährt werden sollen nicht nur die Verhältnisse des Arbeiters zum Arbeitgeber. Die Arbeitskammern sollen tätig werden nicht nur auf dem Gebiet der Lohnbewegung und der Tarifverträge, sondern bei allen Wohlfahrtsangelegenheiten, die von den Kommunen und dem Staat in die Hand genommen werden. Kurz, die Arbeitskammern sollen das allgemeine Sprachrohr sein, durch das die Arbeiterschaft ihre Wünsche zur Geltung bringen kann. Die Anhänger des Territorialsystems glauben die Frage lösen zu können durch Schaffung von territorialen Kammern mit Fachbildungen. Diese Anhänger übersehen die praktischen Schwierigkeiten, die sich einer solchen Einrichtung entgegen stellen. Solche territoriale Arbeitskammern wären für große Verwaltungsbezirke nicht praktisch. In Zukunft werde man daran denken können, ob, wenn die beruflichen Arbeitskammern gut funktionieren, aus ihnen örtliche Ausschüsse gebildet werden können. Der Entwurf schlägt vor, die sachlichen Arbeitskammern an die Berufsvereinigungen anzulehnen. Wollte man die Sache praktisch einrichten, so müßte man diese Arbeitskammern gegeneinander örtlich und sachlich so abgrenzen, wie es das praktische tatsächliche Bedürfnis vorschreibe. Man habe vorgeschlagen, daß die Hälfte der Vertreter von den Arbeiterschüssen gewählt wird, die andere von den Vertretern der Berufsvereinigungen. Worauf es ihm bei der Bildung der Arbeitskammern ankomme, sei, daß seitens der Arbeiter diejenigen Vertreter der Arbeiter hineinkommen, welche vom Vertrauen ihrer Mandanten getragen seien. Was die Frage der Kosten anbetreffe, so haben die Regierungen vorgeschlagen, weil sie meinen, daß sachliche Arbeitskammern notwendig seien, die Kosten den Berufsvereinigungen zu übertragen. Das ersähe ihnen als eine einfache, in gewisser Weise von selber sich ergebende Lösung. (Beifall.)

Vundratsbevollmächtigter **Gallen** erklärt, die Abgg. **Kaumann** und **Friedberg** hätten die Gewerbeaufsicht in **Elßaß-Lothringen** als unzureichend hingestellt. Er behaupte, daß beide Herren die Verhältnisse in **Elßaß-Lothringen**, wie sie in den letzten Jahren sich gestaltet haben, nicht verfolgt haben.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) meinte, nach den Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs gebe er sich der Hoffnung hin, daß letzterer ein Staatssekretär für Sozialpolitik sein werde. Seine Partei spreche sich auch für Sozialpolitik in annehmbaren Grenzen aus, wüßte aber nicht, das Automobilstempo mitzumachen, welches die 24 Resolutionen verlangen. Die Verbündeten Regierungen werden sich die Frage vorlegen müssen, ob sie nicht die Initiative bei anderen Staaten ergreifen sollen, um eine allgemeine Arbeitergesetzgebung zu erreichen. Die bisherigen Erfahrungen hätten auch ergeben, daß durch überhäufte sozialpolitische Maßnahmen die Sozialpolitik in den Kreisen der Arbeitgeber vielfach diskreditiert worden sei. Der neue Staatssekretär verdiene Dank, weil er auch die Fühlung mit den Arbeitgeberorganisationen, namentlich mit dem Zentralverband deutscher Industrieller wiedergefunden habe. Die deutschen Arbeitgeber der Industrie und der Landwirtschaft haben ein viel größeres Maß sozialpolitischer Empfindens, als die Herren dort (nach links gewandt) glauben. Er habe wiederholt auf die ungeheuren Summen hingewiesen, welche für Wohltätigkeitszwecke von diesen Kreisen ausgegeben worden seien. Was die Fülle der Resolutionen betreffe, so sollten die Antragsteller dem Beispiel der Konservativen folgen und die Resolutionen zurückziehen. Diejenigen der Sozialdemokraten hätten ausschließlich einen agitatorischen Charakter. Seine Partei lehne sie ab. Redner ging dann auf die Kartelle und Syndikate ein und sagte, würde man die sogenannte „Liesbesgabe“ abschaffen und damit die Spirituszentrale beseitigen, so würden keine 20 Jahre vergehen und man hätte Zustände wie in England, wo nur wenige Fabriken den ganzen Bedarf produzieren. Würde man die Kartelle verbieten, so würde die Industrie denselben Weg gehen, wie in Amerika, d. h. es würden sich einzelne industrielle Unternehmungen zu einer Gesamtheit zusammenschließen. Die Ausführungen des Abg. **Schmidt** über die Belastung durch die indirekten Steuern seien einfach unzutreffend, weil ein großer Teil der Zölle und Steuern nicht von den Konsumenten, sondern von den Produzenten und dem Auslande getragen werde. Auch über die Arbeitgeberorganisationen habe **Schmidt** sich beklagt, diese seien aber doch erst als Abwehrmaßregel gegen Streiks gegründet worden. Dem Staatssekretär sei er hinsichtlich der Erklärungen über die Arbeitskammern dankbar; er habe sie mit großem Interesse angehört. Er halte ebenfalls die sachliche Organisation für richtig. Mehr aber noch hätte ihn interessiert, wenn der Staatssekretär sich über die Vereinfachung des Versicherungsweins geäußert hätte. Seine Partei werde mit der Arbeiterfürsorge fortfahren. Dann werde der Sozialdemokratie immer mehr Boden entzogen werden. (Beifall rechts.)

Vizepräsident **Kaashe** ruft nachträglich **Gamp** zur Ordnung, weil er von Fortsetzungen, die der Bundesrat in Verordnungen begangen habe, gesprochen habe. **Gamp** nimmt hierauf den Vorwurf zurück.

Abg. **Raas** (wirtsch. Vgg.) betonte, er habe kein Betreten auf sozialpolitischem Gebiet bemerkt. Man müsse kräftig und männlich in der sozialen Reform fortschreiten. Zahlreiche Bureauangestellte, das Theaterpersonal usw. warte darauf, daß für sie die Versicherungsgelegenheit geregelt werde, wie es für die Arbeiter geschehen sei. Die Rente der Beamten der Berufsvereinigungen sei auch noch immer unregelt. Vom Standpunkte des Mittelstandes aus müsse darauf hingewiesen werden, daß man mit dem kleinen Beschäftigten nachweis aller Schwierigkeiten nicht Herr werden könne. Redner polemisiert dann gegen die großen Warenhäuser und hält auch die Konsumvereine nicht für einen wirtschaftlichen Fortschritt. Die Arbeitszeit in der Vinnenschiffahrt und die Sonntagsarbeitszeit für sie sei nicht glücklich geregelt. In dem Augenblick, wo die Arbeitgeber im Schiffahrtsgewerbe so organisiert seien, wie früher die Arbeiter, seien diese die Schwächeren. Da seien die Arbeiter auf den Gesetzgeber angewiesen. Die Frage der Tiefseefahrt müsse international geregelt werden.

Abg. **Dave** (fr. Vgg.) begrüßte es freudig, daß der Staatssekretär der Anregung Gotheins, bezüglich des Rückganges des Invaliditätsalters, nachkommen sei. Wenn sich **Gamp** gegen den Umfang der beantragten Resolutionen erklärte, könne er ihm zustimmen. Ein Problem wie das der Kartelle könne nicht auf dem Wege der Resolutionen seine Erledigung finden. Der Redner wandte sich darauf gegen ein Außenhandelsamt und gegen eine gewerblich-technische Reichsanstalt. Die Frage der ausländischen Arbeiter müsse reichsweit geregelt werden, da die gesamte Arbeiterfrage sich von

einer nationalen zu einer internationalen ausgedehnt haben.

Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. Eingegangen sind vier Interpellationen, betreffend das Beamtenbesoldungsgesetz. Schluß 5 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 5. März.

Präsident **Graf Stolberg** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die Etatberatung des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. **Bruhn** (Reformv.): Eine Reform des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb sei dringend nötig, um dem Anwachsen der Warenhäuser entgegenzutreten. Das Handwerk müsse gegen den Terrorismus der Arbeiterschaft geschützt werden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften gewinnen immer mehr an Zahl und geben den Ausschlag. Die Errichtung eines Reichs-Handwerksamtes sei nötig. Redner tritt dann für Herabsetzung der Altersrente auf 65 Jahre ein. Würde man den Beitragsmodus ändern und die bemittelteren Klassen heranziehen, so könnte die Altersrente sogar auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Seine Partei vertraue, daß der Staatssekretär die Sozialpolitik weiter fördern werde.

Abg. **Kulerski** (Pole) fragt die Regierung, ob es wahr sei, daß sie das Projekt der Arbeitslosenversicherung fallen lassen wolle. Die Altersgrenze für den Bezug der Rente müsse auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Auch seine Partei wüßte die Einrichtung der Privatbeamtenversicherung. Die Deduktionsmittel seien leicht zu beschaffen, wenn auf militärischem Gebiete mehr gespart würde. Redner geht dann auf die Ausbeutung der Heimarbeiter ein, deren Löhne Hungerlöhne seien. Seine Partei verlange Verkürzung der Frauenarbeit und den zehnstündigen Maximalarbeitstag für männliche Arbeiter, wenn der achtsündige jetzt nicht zu erreichen sei. Die Arbeitgeber, welche die Arbeiterschutzbestimmungen verstoßen, müßten mit den schärfsten Strafen belegt werden. So lange nicht Arbeiter als Gewerke in die Arbeitervereine angegliedert werden, werde es mit dem Arbeiterschutz nicht wesentlich besser werden.

Abg. **Wahr** (Zentr.) begründet die Resolution des Zentrums auf Errichtung eines Reichs-Kartellamtes.

Berlin, 5. März. Die dem Reichstage zugegangenen Justiznovellen sind ausgegeben worden.

Kamerun.

Berlin, 4. März. In der Budgetkommission des Reichstages erklärte bei der Beratung über den Etat für „Kamerun“ Staatssekretär **Dernburg**: Bei dem Karawanenhandel hätten sich erhebliche Mißstände ergeben. Uebergriffe seien vorgekommen. Eine Wandergewerbesteuer werde eingeführt. Ferner würden Maßregeln getroffen, um die Dörfer an der Karawanenstraße vor Uebergriffen der Karawanen zu schützen, insbesondere was das Requirieren von Lebensmitteln und Hütten betreffe. Die Regierung müsse, wie in Ostafrika, auch in Kamerun eine Politik des Eingeborenschutzes einleiten. Es müsse eine Karawanen- und Trägergesetzgebung zum Schutze von Weiß und Schwarz getroffen und mit dem Bau notwendiger Verkehrswege begonnen werden. Was den Arbeitszwang anbetreffe, habe die Verwaltung bisher nur in einzelnen Bezirken die Eingeborenenbesteuerung einführen können, die aber nach Möglichkeit ausgedehnt werde.

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

St. Petersburg, 5. März. Die halbamtliche „Rossija“ betont, daß die auf die Adresse des Moskauer Adels eingegangene Antwort des Kaisers dem russischen Volke ein neuer Beweis sei von dem festen Entschluß des Monarchen, das Land der Erneuerung entgegen zu führen. Die Antwort des Kaisers an die Mitglieder der Reichsduma und seine Antwort auf die Adresse des Adels stimmten mit dem Regierungsmanifest vom 30. Oktober 1905 und 16. Juni 1907 überein. Der Kaiser kenne von den Wegen zur Festigung der Staatsordnung keine Umkehr.

St. Petersburg, 4. März. Unter dem Protektorat der Gräfin **Pourtales** fand gestern in den Sälen des Offiziersvereins für das Landheer und die Flotte ein großer Wohltätigkeitsball in der deutschen Kolonie statt. Außer dem Grafen und der Gräfin **Pourtales** nahmen der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter, der bayerische, der belgische und der holländische Gesandte, sowie die Mitglieder dieser Missionen an dem Feste teil.

Die Frage der Alandinseln.

St. Petersburg, 5. März. Die in der schwedischen Presse herrschende Aufregung wegen der Gerüchte von der bevorstehenden Abänderung der englisch-französisch-russischen Konvention von 1856, betreffend die Alandinseln und der angeblich geplanten Befestigung dieser Inseln stellt die offiziöse „Rossija“ die Auffassung der russischen Regierung in dieser Angelegenheit entgegen. Die „Rossija“ schreibt: Rußland führt mit Schweden keinerlei Verhandlungen in dieser Angelegenheit, denn diese könnten nur mit England und Frankreich, die die Konvention unterzeichnet haben, gepflogen werden. Verhandlungen werden aber mit Schweden gepflogen, und zwar über den territorialen Status quo in der Ostsee. Rußland ist Schweden gegenüber von vollkommen friedlichen Absichten erfüllt, und erklärt sich prinzipiell vollkommen damit einverstanden, Deklarationen auszutauschen. Rußland sucht keinerlei neue Vorteile, kann aber nicht darauf eingehen, um Schweden einen Dienst zu erweisen, seine Rechte zu verschlechtern. Die Frage der Abänderung der Alandinseln-Konvention ist von Rußland keineswegs aufgeworfen worden. Soweit bekannt, beabsichtigt auch die russische Regierung keineswegs die Frage aufzuwerfen, und es scheint, so schließt das Blatt, als ob eine schlüssige Unterzeichnung einer russisch-schwe-

dischen Deklaration, hinsichtlich der Ostsee, besser als irgend welche andere Argumente der ganzen Welt beweisen würde, daß die Ära der feindseligen Beziehungen zwischen diesen beiden Nachbarstaaten längst vorüber ist und einer Ära vollkommen freundschaftlicher und gut nachbarlicher Beziehungen Platz gemacht hat.

China und Japan.

(Telegramme.)

Tokio, 5. März. Das Budget wurde vom Haus der Pairs unverändert angenommen. — Das auswärtige Amt veröffentlicht folgende Note: Japan hat wegen der ungeschicklichen Beschlagnahme des Dampfers **Katsumaru** China gegenüber weder ein Ultimatum gestellt, noch Drohungen ausgesprochen. Wir vertrauen auf den guten Willen der chinesischen Regierung, daß sie den Dampfer frei geben, ihr Bedauern ausdrücken und Schadenersatz leisten werde. — Die Antwort Chinas enthält laut Daily Telegr. zwar keine Ablehnung, sondern spricht die Bitte um Entschuldigung aus und bietet Ersatz an. Doch betrachtet Japan dies als unzureichend.

London, 5. März. „Morning Post“ berichtet aus Shanghai, die Beziehungen zwischen China und Japan sind wegen der Beschlagnahme des Dampfers **Katsumaru** äußerst gespannt. Japan werde, wenn der Dampfer nicht frei gelassen werde, Chinas Vorgehen als Kriegsgrund ansehen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 5. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Ministerialpräsidenten **Geheimerat** **Sonfeld** zur Vortragserstattung. Nachmittags und abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Regationsrats **Dr. Seb.** des **Geheimerats** **Dr. Freiherrn von Babo** und des **Ministerialpräsidenten** **Geheimerats** **Freiherrn von Bodman**.

** Die nächste Justiz-Aktuarsprüfung beginnt schon am 23. März l. J.

** Von Interesse für die künstlerischen und wissenschaftlichen Kreise Badens dürfte es sein, daß auch im laufenden Jahre aus der **Schwester-Frölichstiftung** in **Wien** Stipendien und Pensionen zur Verleihung kommen. Es werden verliehen:

a. Stipendien: an Künstler oder Gelehrte zur Vollendung ihrer Ausbildung oder zur Ausführung eines bestimmten Werkes, oder zur Veröffentlichung eines solchen, oder im Falle plötzlich eintretender Arbeitsunfähigkeit.

b. Pensionen: an Künstler oder Gelehrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit geraten sind.

Zur Erlangung eines Stipendiums muß der Bewerber in seinem an das Kuratorium zu richtenden Gesuche folgende Belege beibringen:

- den Tauf- oder Geburtschein,
 - Studien- oder Prüfungszeugnisse,
 - gläubwürdige Zeugnisse über seine wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen,
 - ein behördliches Zeugnis über seine Mittellosigkeit.
- Mit dem Gesuche um eine Pension ist beizubringen:
- den Tauf- oder Geburtschein,
 - eine glaubwürdige Bescheinigung über die Krankheit oder den Unglücksfall, wodurch der Bewerber in Mittellosigkeit geraten ist,
 - ein Ausweis über die Verdienste des Bewerbers im Wissenschaft und Kunst.

Die vorchriftsmäßig belegten Gesuche samt eventuellen Kunstproben sind bis 31. März 1908 im Präsidialbüro des Wiener Gemeinderates, 1. Lichtentersgasse 2, I. Stock, zu überreichen, woselbst auch die Stiftungsstatuten behoben werden können.

Nicht entsprechend instruierte Gesuche werden nicht in Betracht gezogen.

P. (Dienstzeit der Güterabfertigungsstellen.) Von der Handelskammer Karlsruhe wird uns mitgeteilt: Nach einer an die Handelskammer gelangten Mitteilung hat die allgütige Inanspruchnahme des Güterabfertigungsstellen der Großherzogliche Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen veranlaßt, der Frage näher zu treten, ob sich die Dienstzeit der Güterabfertiger nicht auch für den Sommerdienst (1. April bis 30. September) auf 8 Uhr vormittags statt auf 7 Uhr festsetzen lasse. Die Handelskammer Karlsruhe erludt ihre Bezirksvereinigungen um Aufklärung, ob und welche Bedenken der beabsichtigten Aenderung entgegenstehen würden.

(Das 5. Künstlerkonzert—Hans Schmidt) findet am Samstag den 7. März abends 8 Uhr im Musiksaal statt. In dem Gellisten **Pablo Casals** und dem Pianisten **Ernst von Dohnanyi** werden vier zwei Künstler von hervorragendem Ruf kennen lernen. Wir machen daher auf diesen bevorstehenden Konzertabend ganz besonders aufmerksam.

(Zum Brande in der Druckerei des „Badischen Landesboten“.) Nach unserm gestrigen Bericht hat sich die Lage nicht weiter verändert; das Feuer brennt eben unter den Trümmern immer noch fort. Nur ist das Feuer jetzt soweit eingegrenzt, daß eine Schlauchleitung genügt, um die weitere Ausbreitung durch eine kleine Wadmansschaft der Feuerwehr zu befeuern. Die rechte weisliche Seitenwand nebst Giebel ist noch intakt und wird durch große Balken gestützt, auch wird zurzeit ein Gerüst aufgeführt, so daß dann stückweise die Mauer nebst Giebel abgebrochen werden kann. Der hinteren, südliche, noch stehende Teil wird wohl nach dem etwa 15 Meter langen Garten zu Fall gebracht werden und die Inne-

Wand wird wieder nach innen zu fallen müssen, so daß beim Aufräumen und Einfallen der Mauern alle Vorsicht angewendet sein wird. Sobald längere Zeit mit dem Wasser gegeben ausgeht wird, indem bald wieder die Flammen auf die jedoch von der Wachmannschaft sofort durch die bereit gehaltene Schlauchleitung unterdrückt werden. Die Aufräumungsarbeiten ruhen zurzeit, mit Ausnahme der Gerüstaufstellung an der Westseite, was wohl mit der Untersuchung über den gestrigen Unfall zusammenhängen dürfte. Der verletzte Maurer Arnold befindet sich noch im Krankenhaus in ärztlicher Behandlung, da derselbe außer leichteren Verletzungen durch den Sturz auch Brandwunden davon getragen hat. Die Wachmannschaft wird vor Freitag wohl nicht eingezogen werden, da bei einer intensiveren Inangriffnahme der Aufräumungsarbeiten das auflodernde Feuer immer wieder ein Abflöhen erfordert. Seine königliche Hoheit der Großherzog ließ durch seinen Flügeladjutanten, Generalmajor Dürr, Erkundigungen über den Stand des Brandunfalles einziehen. Die Expedition des „Landesboten“, die vom Feuer nicht berührt wurde, arbeitet im Hause, Kaiserstraße, weiter, während die technische Herstellung der Zeitung, die übrigens am Freitag erstmals wieder erscheinen wird, von der „Badischen Landeszeitung“ übernommen wurde.

S. Mannheim, 3. März. Die Arbeitslosenbeschäftigung ist im Hinblick auf die eingetretene günstige Witterung wieder eingestiegen. Bis 15. Februar waren 648 Arbeitslose vorgemerkt, von denen 341 die Arbeit angetreten haben. Am 15. Februar arbeiteten noch 158 Mann. Die städtische Umlage wird voraussichtlich eine Steigerung erfahren, und zwar soll sie auf 30 Pf. festgesetzt werden, was nach der alten Berechnung einer Steuerquote von 80 Pf. gleichkommen würde. Neben dem Abschluß der Jubiläumsausstellung, der immer noch nicht vorliegt, verläuft neuerdings, daß man ohne die Verzinsung der Garantieanleihe auskommen hofft. Der endgültige Abschluß hängt von dem Ausgang verschiedener noch schwebender Prozesse, sowie von der Art der Abrechnung mit den städtischen Mietern, namentlich mit dem Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk, ab. Die Steuerkapitalien des Kreises Mannheim für das Jahr 1908 beziffern sich auf 2620 265 600 Mark gegen 1221 488 744 M. im Vorjahre, hiervon entfallen auf die Stadt Mannheim allein 2 071 993 990 M. im Vorjahre 961 574 631 M.). Der Umlagefuß beträgt für 1908 voraussichtlich 14 Pf. pro 100 M. Steuerkapital gegen 27 Pf. im Vorjahre.

Freiburg, 3. März. Der hiesige Lebensbedürfnis- und Produktivverein veröffentlicht seinen Jahres-Geschäftsbericht für das Jahr 1907, das 43. seines Bestehens. Das Geschäftsjahr kann nicht als ein günstiges bezeichnet werden. Große Klage wird über die Verteuerung aller Lebensmittel geführt und zu diesem Anlaß sind die Konsumenten trat noch die Geldnot, so daß derjenige, der mit Kredit arbeitet, einen Zins zahlen mußte, wie er seit 30 Jahren nicht mehr erlebt worden war. Der Gesamtumsatz der verschiedenen Abteilungen des Geschäfts hat einen Rückgang erlitten. Die Mitgliederzahl beträgt 3299, der Zuwachs 40 Personen. Zur Verteilung werden gelangen 4 Proz. Kapitaldividende von vollen Anteilen (in Karlsruhe 5 Proz.), 7 1/2 Proz. auf den Umsatz im eigenen Geschäft (gegenüber 8 Proz. im Jahre 1906 und 9 Proz. in Karlsruhe), 4 Proz. auf den Umsatz von Kohlen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 5. März. Der sozialdemokratische Stadterordnete Singer ist, den Berliner Abendblättern zufolge, als Mitglied der städtischen Schuldeputation nicht bestätigt worden.

Darmstadt, 5. März. Die Zweite Kammer nahm den Antrag Haas betr. die Vereins- und Versammlungsfreiheit einstimmig an. In der fortgesetzten Etatberatung führte der Finanzminister aus, daß für die Deckung der Mehrforderungen, namentlich für die Besserung der Bezüge der Staatsbeamten, eine Erhöhung der direkten Steuern unvermeidlich sei. Die Vollendung der Reichsfinanzreform sei die Grundbedingung für eine gedeihliche Weiterarbeit.

Stuttgart, 5. März. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, ist heute hier eingetroffen. Er wurde vom Könige in Audienz empfangen und nahm später an der Hofkapelle teil.

Rom, 4. März. Deputiertenkammer. Bei der Verhandlung über das Budget des Innern erklärte Ministerpräsident Giolitti in Beantwortung verschiedener Anfragen, daß die Regierung dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit gegenüber keine Klassenpolitik treiben dürfe. Giolitti hofft, daß sich der gesetzgebende Einfluß von Schiedsgerichten keine Schwierigkeiten in den Weg stellen werden. Der Ministerpräsident ging dann auf die Einzelheiten ein. Bezüglich der Krankenfürsorge glaubt er, daß diese in Italien vielleicht die vollkommenste sei. Schließlich sagte er, nach einem Hinweis auf die gesetzgeberische Tätigkeit seit 1904, daß Italien jetzt eine friedliche Periode einschneidender sozialer Veränderungen durchmache, die zu wahrhaft wirksamen Resultaten führen werde. (Stürmischer Beifall.) Das Budget wurde in allen Titeln angenommen.

Rom, 5. März. Einer Depesche aus Adis Abeba zufolge wurden die Chefs der Arussi für den Einfall in Venetia verantwortlich gemacht. Menelli ließ alle Chefs und Unterchefs, die an der Expedition teilnahmen, gefesselt ins Gefängnis werfen. Um die guten Beziehungen mit Italien aufrecht zu erhalten, hat sich der Negus vorbehalten, für die an Venetia angrenzenden Gebiete neue Chefs zu ernennen.

London, 5. März. Sir Henry Campbell-Bannerman hatte einen ruhigen Tag. Seine Majestät der König besuchte den Minister, um sich vor seiner Abreise nach Biarritz von ihm zu verabschieden.

London, 5. März. Ihre Majestät die Kaiserin-Witwe von Rußland ist gestern hier eingetroffen. Sie wurde von Ihren Majestäten dem König und der Königin, dem Prinzen und der Prinzessin von Wales am Bahnhof empfangen.

London, 5. März. Seine Majestät der König ist heute nach Biarritz abgereist.

London, 5. März. Die Krisis in der Baumwollindustrie in Lancaster hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Die Fabrikantenvereinigung in Colne und Nelson hat eine allgemeine Absperrung angekündigt, durch welche voraussichtlich über 80 000 Webstühle zum Stillstand kommen werden.

Madrid, 5. März. Ihre Majestäten der König und die Königin von Spanien und der Prinz von Asturias trafen am Mittwoch aus Sevilla hier ein und wurden am Bahnhof von der Königin-Mutter und der königlichen Familie empfangen.

Konstantinopel, 5. März. Der österreichisch-ungarische Botschafter wurde beim Großvezier dringend vorstellig wegen der Beantwortung der Kollektivnote, in der die Verlängerung der Mandate der Reformorgane gefordert wird und wegen der bisher verzögerten Neubewaffnung der Gendarmerie mit Repetiergewehren, System Mauser.

Newyork, 5. März. In Ohio und Kansas sind die Republikaner eifrig für die Präsidentschaftskandidatur Taft's eingetreten.

Paris, 4. März. General d'Amade telegraphierte heute nachmittag aus Buzniza, seine Kolonnen seien in Chamenika angekommen, wo sie bivaktierten, nachdem sie ohne Zwischenfall das Gebiet der Baidias durchquert hatten.

Verschiedenes.

Die Dampffähreverbinding Trelleborg—Sagñiz.

Stockholm, 5. März. Der Reichstag nahm gestern nach längerer Debatte den Regierungsentwurf über die Errichtung einer Dampffähreverbinding Trelleborg—Sagñiz in der Kommissionsfassung an. In der Zweiten Kammer hob Ministerpräsident Lindman die große Bedeutung der Dampffähreverbinding hervor. Als die schwedische Regierung die Verhandlungen begonnen habe, sei ihr von der deutschen Regierung Wohlwollen und Sympathie entgegengebracht worden. Die Anstaltungen im preussischen Abgeordnetenhause zeugten gleichfalls von Sympathie für das schwedische Volk und für ein gutes ökonomisches Zusammenarbeiten zwischen beiden Ländern. In Schweden seien vielfach Bedenken geäußert und es sei von einer Verschiebung der Sache gesprochen worden. Aber alle Gründe hierfür würden zu nichts gegenüber der Tatsache, daß es sich darum handle, ein nationales Unternehmen zu schaffen, welches, wenn es auch nicht von Anfang an das Anlagekapital verzinsen würde, doch den Verkehr an sich ziehen, neuen Verkehr schaffen und einen äußerst wohlthuenden Einfluß auf das schwedische Erwerbsleben ausüben würde. Es sei wichtig, daß die Sache nicht verschoben würde. Die neue Verkehrsroute sei nicht ein Ziel an sich, sondern ein Mittel, das Schweden haben müsse, um die schwedische Industrie und das schwedische Erwerbsleben zu entwickeln. Die Regierung habe das Bestreben, die Beilegung von neuen Fährden der schwedischen Industrie zuzuführen zu lassen; wenigstens eine der Fährden würde auch in Schweden gebaut. Dagegen würde sie riskieren, daß die neue Route nicht zur rechten Zeit eröffnet werden könnte, wenn man beide Fährden in Schweden bauen wollte.

Eine Brandkatastrophe in Amerika.

Cleveland (Ohio), 5. März. In einer öffentlichen Schule in der hiesigen Vorstadt Collingwood brach ein Feuer aus, die infolge Ueberhitzung eines Ofens entstanden war und in wenigen Minuten das ganze Schulhaus in dichten Qualm hüllte, wodurch unter den im Hause befindlichen 400 Kindern eine furchtbare Panik entstand. Das Schulhaus hatte nur zwei Ausgänge, was zur Folge hatte, daß zahlreiche Kinder in einem Ausgange feststeckt zu Tode getreten oder schwer verletzt wurden. Bald nach dem Ausbruch des Brandes fiel das erste Stockwerk des Schulgebäudes zusammen und zahlreiche Kinder stürzten in den Kellerraum. Viele von den Kindern tragen deutsche Namen. Der Direktor der niedergebrennten Schule schätzte die Zahl der umgekommenen Kinder, die im Alter von 9 bis 12 Jahren standen, auf 75 bis 150. — Wie ein weiteres Telegramm meldet, wurden aus den Trümmern bis gestern nachmittag 146 Leichen geborgen, doch fürchtet man, daß noch viel mehr Kinder umgekommen sind, weil infolge der Panik die Ausgänge rasch gesperrt waren, so daß die Kinder durch Rauch und Flammen nicht ins Freie gelangen konnten.

Berlin, 5. März. In den letzten Tagen fanden augenscheinlich auf Brandstiftungen zurückzuführende Dachstuhlbrände statt. Nachdem heute vormittag ein größerer Brand in der Mittelstraße gewütet hatte, brach mittags ein solcher in der Zimmerstraße in einem dem Wolfischen Bureau benachbarten Hause aus.

Berlin, 5. März. Der in der Friedberggasse bewohnte Direktor Vohn von der Automobilzentrale ist mit seiner Geliebten nach Berlin zurückgekehrt und hat sich selbst der Behörde gestellt.

Altenheim, 5. März. Die Verurteilung des Hauptmanns v. Göben hat heute vormittag halb 11 Uhr auf dem evangelischen Friedhof in aller Stille stattgefunden.

Berlin, 5. März. Dem „Totalanzeiger“ zufolge wurde der Gasthofbesitzer Wangert in Hochstich während eines Streites von seinem polnischen Dienstmädchen in den Arm gebissen. Infolge Blutvergiftung starb Wangert bald darauf.

Berlin, 5. März. Der Redakteur des anarchistischen Blattes „Der Revolutionär“, Tappezierer Erich Neugebauer, ist von der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Beleidigung mehrerer Beamten der politischen Polizei zu zweihundert Mark Geldstrafe ev. zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt. Der Angeklagte, der sich wegen anarchistischer Umtriebe in Mannheim in Haft befindet, war vom Gericht vom persönlichen Erscheinen entbunden worden.

Somburg, 5. März. Eine außerordentliche Generalversammlung des Kur- und Verkehrsvereins erklärte sich bereit, da der Oberaunskreis zur Finanzierung der Automobilbahn für die Zinsen von 150 000 Mark zu 4 Proz. mit 6000 Mark garantieren soll, in Gemeinschaft mit dem hiesigen Hotelbesitzerverein die Hälfte der Zinsgarantie mit 3000 Mark zu übernehmen.

Bremen, 5. März. Zum Präsidenten der Bürgerchaft wurde in ihrer gestrigen Sitzung der Direktor der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun“, H. A. Kolze, gewählt.

Meiningen, 5. März. Im hiesigen Hoftheater ist ein Brand ausgebrochen, an dessen Bewältigung noch gearbeitet wird. Das ganze Gebäude steht in Flammen und gilt mit dem gesamten Inhalt als verloren. Der gegenwärtig in Cap Martin weilende Herzog wurde telegraphisch benachrichtigt.

Essen, 5. März. Zwei Männer überfielen gestern den Juwelier Schiffer in seinem Laden, sturten ihm Pfeffer in die Augen und raubten zahlreiche Wertgegenstände u. entflohen.

Wien, 5. März. Das Kuratorium der Bauernfeldischen Stiftung beschloß einstimmig, dem Schriftsteller Karl Schönherr für sein Drama „Erde“ eine Ehrengabe von 4000 Kronen zu widmen.

Paris, 5. März. Das Appellationsgericht bestätigte den Beschluß der Abolatenkammer, demzufolge Herodé aus den Listen der Anwälte gestrichen worden ist.

Nom, 5. März. Gestern fand die vorbereitende Delegiertenversammlung der europäischen Konferenz für Eisenbahndienst mit durchgehenden Wagen statt.

Mailand, 5. März. Im Januar 1907 wurde auf der Straße Turin—Modena eine Engländerin schwer verwundet und beraubt in ihrem Wagenabteil aufgefunden. Der Täter wurde nun in einem gestrigen wegen Eisenbahndiebstahl verhafteten Mann aus Turin wiedererkannt.

London, 5. März. Amtlich wird gemeldet, daß der Prinz von Wales in der letzten Woche des Monats Juli Quebec zur Feier des 300jährigen Bestehens der Stadt besuchen wird. Die atlantische Flotte wird ihn begleiten. Man erwartet, daß auch ein französisches und ein amerikanisches Geschwader bei den Festlichkeiten anwesend sein werden.

London, 5. März. Im Kohlenbergwerk zu Hamstead bei Birmingham brach Feuer aus, durch welches 23 Bergleute in der Grube eingeschlossen wurden.

London, 5. März. Das im Bergwerk Hamstead ausgebrochene Feuer ist darauf zurückzuführen, daß die Verschaltung des Schachtes durch ein zu Boden gefallenes Grubenlicht entzündet wurde. Fünf oder sechs Bergleute konnten sich retten, die übrigen dreizehn bis sechzehn wurden in den Schacht zurückgedrückt. Die Gewalt des Feuers macht es unmöglich, sich den Eingeschlossenen zu nähern.

London, 5. März. Die Bank von England hat den Diskont von 4 auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt.

Stand der Badischen Bank

am 29. Februar 1908

Aktiva.	
Metallbestand	5 976 973 M. 31 Pf.
Reichskassenscheine	11 460 „ — „
Noten anderer Banken	380 680 „ — „
Wechselbestand	18 218 525 „ 39 „
Bombardforderungen	11 413 121 „ 50 „
Effekten	970 354 „ 49 „
Sonstige Aktiva	2 189 274 „ 55 „
	39 160 389 M. 24 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds	2 237 018 „ 06 „
Umlaufende Noten	15 326 500 „ — „
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	11 208 097 „ 36 „
An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	1 388 773 „ 82 „
	39 160 389 M. 24 Pf.

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 839 083 M. 54 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Freitag, 6. März. Abt. C. 42. Ab.-Vorst. „Des Teufels Anteil“, komische Oper in 3 Akten von Auber. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Sonntag, 7. März. Abt. A. 43. Ab.-Vorst. „Wallensteins Lager“, dramatisches Gedicht in 1 Akt von Schiller. — „Piccolomini“, dramatisches Gedicht in 4 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 Uhr.

Sonntag, 8. März. 22. Vorst. außer Ab. Nachmittags 2 Uhr: „Der Kompanon“, Lustspiel in 4 Akten von Adolf Arronge. Anfang 2 Uhr, Ende 4 1/2 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 5. März 1908.

Hoher Druck bedeckt heute den Südoften Europas. Die flachen Minima, die gestern über dem Kanal und über Polen lagen, sind bis zur Helgoländer Bucht und bis zum baltischen Meerbusen weitergezogen; eine neue Depression ist im Nordwesten der britischen Inseln erschienen. In Deutschland verursacht das erwähnte Minimum trübes Wetter mit Regen- und Schneefällen. Da das Ortsbarometer stärker steigt, so scheint sich das Minimum zu entfernen; es ist deshalb bei wechsellager Bevölkerung etwas wärmeres Wetter ohne erhebliche Niederschläge zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 5. März, früh.

Lugano halbbedeckt 2 Grad, Biarritz wolkenlos 9 Grad, Nizza wolfig 4 Grad, Triest wolkenlos 6 Grad, Florenz wolkenlos 2 Grad, Rom wolkenlos 2 Grad, Cagliari wolkenlos 6 Grad, Brindisi wolkenlos 13 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Wolff. Feucht. in mm	Feuchtigk. in Proz.	Wind	Wetter
4. Nachts 9 ^u 11.	749.2	6.4	3.7	51	SW	Regen
5. Morgs. 7 ^u 11.	751.8	1.8	5.1	98	„	„
6. Mittags 2 ^u 11.	753.8	5.8	4.7	69	„	wolfig

Höchste Temperatur am 4. März: 7.2 niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.0.

Niederschlagsmenge des 4. März: 8.7 mm.

Wasserstand des Rheins am 5. März, früh: Schutterinsel 1.66 m, gefallen 2 cm; Rehl 2.25 m, gefallen 8 cm; Mägen 3.96 m, gefallen 16 cm; Mannheim 3.56 m, gefallen 23 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Schwarze Seiden
solide modernste Genres. Versand nach allen Ländern. Muster franko.
Seidenstoff-Fabrik-Union
Adolf Grieder & Cie., Kgl. Hof, Zürich (Schweiz).

Institut Fecht Karlsruhe (B.) Kriegstr. 100, Internat und Externat, wieder unter persönl. Leitung des Besitzers Oberleut. a. D. A. Fecht. Sexta — inkl. Obersekunda, besondere Vorbereitung f. d. Einjährig-Freiwilligen-, Primaner-Examen etc. Bewährtes Unterrichts-System. Kleine Abteilungen, gewissenhafte Pflege und Aufsicht. **Ersatz des Elternhauses, Ueberwachung auch d. Externen h. d. Schulaufgaben, anerkannte Erfolge, beste Referenzen.** Eintritt jederzeit. O.269

KARLSRUHE.

5. Künstler-Konzert (Konzertdirektion: Hans Schmidt)

im Abonnement

Samstag den 7. März im Museumssaal:

Ernst von Dohnányi — Budapest

Pablo Casals — Paris

Aus dem Programm:

Sonate A-dur für Violoncello und Pianoforte Beethoven
Symphonische Etüden op. 13 Schumann
Sonate für Violoncello und Pianoforte Locatelli
10 Präludien op. 28, G-dur, H-moll, Fis-moll, Fis-dur,
Des-dur, B-moll, As-dur, Es-dur, B-dur, D-moll Chopin
Suite I G-dur für Cello allein Bach
Konzertlügel Ibach von Herrn Hoflieferant Maurer hier.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Eintrittskarten: Saal, 4, 3, 2 M., Galerie 2,50 u. 1,50 M. im Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Hans Schmidt**, G. M. b. H., und an der Abendkasse. P. 760

Grossh. Badische Technische Hochschule in Karlsruhe.

Abteilung für Mathematik und allgemein bildende Fächer, für Architektur, Ingenieurwesen, Maschinenwesen, Elektrotechnik, Chemie und Forstwesen. Besondere Institute und grosse neue Laboratorien für Maschinenwesen, Elektrotechnik, Chemie und Elektrochemie. *Beitrag der Einsendungen und Vorlesungen für das Sommersemester 1908: 21. April.* Aufnahmebedingungen gratis, Programm gegen Einsendung von 50 Pf. und 10 Pf. Porto — Ausland 25 Pf. Porto — vom Sekretariat erhältlich.

Der Rektor:
Th. Rehbock, O. ö. Professor des Wasserbaues. P. 692.22

An der

K. Tierärztlichen Hochschule in München

beginnt das

Sommer-Semester 1908 am 22. April.

Inskription vom 22.—28. April; Anfang der Vorlesungen: 27. April 1908. Satzungen, Lehrplan, Prüfungsvorschriften und Jahresbericht können gegen Einsendung von 90 Pf. durch das Sekretariat der Hochschule bezogen werden.

P. 741 **Derz. Direktor: Dr. Albrecht.**

P. 584.3.3 **Zu verkaufen**

elegante Zugspferde

vorunter ein Paar 5- und 6-jährige ungarische Jucker vertraut und sehr schnell, für Offiziere oder Aerzte sehr geeignet. Gefällige Anfragen unter **F. F. 4140** an **Dudolf Woffe, Freiburg i. S.**

Maschinenfabrik Grigner

Aktien-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Maschinenfabrik Grigner werden hiermit zur 22. ordentlichen Generalversammlung eingeladen, welche am Dienstag den 7. April, vormittags 11 Uhr, zu Durlach in den Geschäftsräumen der Gesellschaft stattfinden wird.

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1907.
- Bericht des Aufsichtsrates.
- Beschlussfassung über Genehmigung des Rechnungsabchlusses und Verteilung des Gewinnes.
- Beschlussfassung über Entlassung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
- Erfolgswahl zum Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat bezieht als diejenigen Stellen, bei welchen die Aktien oder die über die Hinterlegung ausgestellten notariellen Bescheinigungen zur Teilnahme an der Generalversammlung, und zwar spätestens am 3. April, abends 6 Uhr zu hinterlegen sind.

P. 737

Durlach: die Gesellschaftskasse, in Karlsruhe: das Bankhaus Zeitl. Sommerberger und die Filiale der Rheinischen Kreditbank, in Frankfurt a. M.: die Fälzische Bank, in Berlin: den A. Schaaffhausenschen Bankverein.

Durlach, den 4. März 1908.

Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Grigner A.-G., Robt. Koelle, Geheimer Kommerzienrat, Vorsitzender.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkursöffnung.

P. 750. Nr. 3616. Durlach. Ueber den Nachlass des Zimmermanns **Josef Stort** in Wörsbach ist am 31. März 1908, vormittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Rechtsanwalt Neukum in Durlach ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 31. März 1908 bei dem Großh. Amtsgericht Durlach anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem Großh. Amtsgericht Durlach zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Samstag den 28. März 1908, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 6. Mai 1908, vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. März 1908 Anzeige zu machen.

Eberbach, den 4. März 1908.
Großh. Amtsgericht.
Dr. Schuler.

Dies veröffentlicht:
Heinrich, A. G. Sekretär.

ten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 7. April 1908, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. März 1908 Anzeige zu machen.

Durlach, den 4. März 1908.
Eigentümer.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursöffnung.

P. 751. Nr. 2492. Eberbach. Ueber das Vermögen des Zivilingenieurs **Alfred Saegelsang** in Redargerach, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, wird heute am 4. März 1908, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gastwirt Fritz Reich in Redargerach als Konkursgläubiger des Gemeinschuldners aus einer Forderung von 2976,84 M. den Antrag auf Konkursöffnung gestellt und seine Forderung glaubhaft gemacht hat.

Der Kaufmann **Franz Spielmann** in Eberbach wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 18. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Samstag den 28. März 1908, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 6. Mai 1908, vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. März 1908 Anzeige zu machen.

Eberbach, den 4. März 1908.
Großh. Amtsgericht.
Dr. Schuler.

Dies veröffentlicht:
Heinrich, A. G. Sekretär.

Konkursverfahren.

P. 716. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Wittin **Henrich Sibbelfrau** in Freiburg-Günterstal soll Schlussverteilung stattfinden. Hierzu sind 295,60 M. verfügbar, welcher Betrag den Vorrechtsgläubigern § 61 Biff 1/3 zufällt, während die übrigen Vorrechts- und Nichtvorrechtsgläubiger leer ausgehen.

Der Verteilungsplan liegt bei der Gerichtsschreiberei 6 des Großh. Amtsgerichts hier zur Einsicht offen.

Freiburg, den 2. März 1908.
R. Kühn, Konkursverwalter.

Konkursverfahren.

P. 732. Nr. 2944. Karlsruhe. Ueber das Vermögen der Frau **Elisabeth Kille** geb. Schürmann in Karlsruhe, Körnerstraße 29 III, wurde heute am 2. März 1908, nachmittags 1/6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Moritz Mond** hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Dienstag den 31. März 1908, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 28. April 1908, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Alademiestraße 2B, III Stock, Zimmer Nr. 49, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. April 1908 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 2. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4. Müller.

Konkursverfahren.

P. 718. Kehl. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Karl Grampp** alt in Rheinbischofsheim ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis auf

Montag den 23. März 1908, vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht dahier, Zimmer Nr. 2, bestimmt.

Kehl, den 2. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Maurer.

Konkursverfahren.

P. 754. Nr. 2178. Mannheim. Ueber das Vermögen der Firma **Jakob Kraut, Inhaber Peter Redemann, T. 1, 3** in Mannheim, wurde heute vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt **Freund** in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 25. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Zugleich wurde zur Beschlussfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 3. April 1908, vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Abteilung III, I. Obergeschloß Saal A, Zimmer Nr. 111, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. März 1908 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 4. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Abteilung III. Fleck.

Konkursverfahren.

P. 719. Nr. 1796. Forstheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Glasermeisters **Ludwig Oberhammer** in Buchenfeld wurde nach Verteilung der Masse durch Beschluss des Großh. Amtsgerichts hier vom heutigen Tage aufgehoben.

Forstheim, den 29. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I. A. Schmitt, Aktuar.

Konkursverfahren.

P. 720. Nr. 1743. Forstheim. Im Konkursverfahren über den Nach-

lass des verewitweten Dienstknchts **Wilhelm Dann** von Ittersbach wurden die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters auf 18,50 M. (achtzehn Mark 50 Pf.) festgesetzt.

Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis wurde bestimmt auf

Dienstag den 31. März 1908, vormittags 9 Uhr, Zimmer Nr. 15.
Forstheim, den 29. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I. A. Schmitt, Aktuar.

Strafrechtspflege.

P. 675.3.3 Nr. 4181. Waldshut. **Friedrich Thoma**, Landwirt, geb. am 26. März 1878 in Unteralfpen, zurzeit an unbekanntem Ort, wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgemindert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derfelbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hieselbst auf Freitag den 3. April 1908, vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Waldshut zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Kgl. Bezirkskommando Donaueschingen ausgestellten Erklärung verurteilt werden.

Waldshut, den 18. Februar 1908.
Schmitt.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Eine Kanzlei-Gehtenstelle mit einer Jahresvergütung von 900 M. ist hier sofort zu besetzen. Belegene Bewerber wollen sich sofort melden. Aktuar beborzugt. P. 739

Staufen, den 1. März 1908.
Großh. Bezirksamt.
v. Wiegelen.

Bekanntmachung.

Aus der **Deborah Langenbach-Ertung** ist eine **Heiratssteuer** im Betrage von

1028,57 M.

an eine Verwandte der Stifterin zu vergeben.

P. 762

Etwasige Bemerkungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit der Stifterin nebst dem Geburts- und Leumundzeugnis bis

1. Juni d. Js.

anher einzureichen.

Mannheim, den 3. März 1908.
Die Verrechnung der Deborah Langenbach-Ertung.
Schorff.

Holz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Baden versteigert mit üblicher Borgfälligkeit am

Dienstag, den 10. März l. J., vormittags 10 Uhr,

im **Schützenhause** in Baden: Aus den Domänenwald-Abteilungen I 1, 14, II 4, 5 (Sophtenrude, Lauer- matte, Fünfbirnen, Breiter):

Eichen: 2 III, 22 IV, 12 V. A.;
Nadel-Stämme: 4 I, 11 II, 18 III, 18 IV, 10 V. Klasse;
Nadel-Abfälle: 14 I, 24 II, 15 III. Klasse;
Bauhölzer: 208 I. und II. Kl.;
Sophten: 865 I., 665 II., 850 III, 590 IV. Klasse;
Rehden: 1060, Bohnenrieden: 2070 Stück.

Aus den Abteilungen I 1 und II 5 (Sophtenrude und Fünfbirnen): 88 Ster Buchene, 12 gem.; 43 Nadel-Scheiter; 99 Ster Buchene, 24 gem.; 41 Nadel-Prügel, sowie 92 Ster Reisprügel.

Aus den Abteilungen I 14 und II 4 (Lauer- und Breiter): mehrere Lose Schlagraum.

Das Holz wird zuerst versteigert. Die Forstwärter **Volz** in Baden, **Westermann** in Baden-Schweuern und **Eller** in Ebersteinburg zeigen das Holz auf Verlangen vor.

P. 713

Brennholz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Mittelberg (Ettlingen) versteigert unter den üblichen Bedingungen

Montag den 16. März, vormittags 10 Uhr, im Waidhaus zur „Marzeller Mühle“ in Marzell aus den Distrikten: Oberloferwald, Abt. 82: 440 Ster forlenes Scheit- und Rollenholz, 38 Ster gemischte Nadelholz, 32 Ster meist forlenes Prügelholz, 31 Ster Reisprügel. Unterwald, Abt. 86: 17 Ster Buchenes, 129 Ster tannenes, 7 Ster gemischtes Scheitholz, 63 Ster meist tannene Prügel, 46 Ster Reisprügel. Marzen-

bach, Abt. 116, 117, 118: 58 Ster Buchenes, 95 Ster eichenes, 389 Ster forlenes, 20 Ster tannenes Scheitholz und etwa 300 Ster Laub- und Nadelholzprügel. P. 738.2.1

Die Forstwärter **Fluderer** und **Aung** in Echi berg geben auf Verlangen nähere Auskünfte.

Steinkohlenlieferung.

Die Lieferung von ca. 1000 000 kg Fettkohle und ca. 250 000 kg Rußkohlen ist für das Jahr, 1. Juli 1908/09 zu vergeben.

Angebote hierauf sind spätestens bis

1. April d. J.

bei **Großh. Amtskasse Mannheim-Stadt** einzureichen, wobei auch die Bedingungen aufzuliegen.

P. 761

Karlsruhe, den 27. Februar 1908.
Großh. Verwaltungsbüro.

Bergung von Bauarbeiten.

Für den Neubau des Unterstaates in **Rastatt** vergeben wir nach Maßgabe der Verordnung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Jan. 1907 die Glaser-, Schreiner-, Schlosser-, Tischler- und Lagerarbeiten, das Liefern und Legen der Holzfußböden, die Rolladenlieferung und die Ausführung von Boden- und Wandbelägen in Fliesen und Appaltplatten.

Die Vergabegutsunterlagen liegen vormittags von 8 bis 12 Uhr auf dem Schloßbauamt in Rastatt zur Kenntnisnahme auf und werden Angebotsformulare gegen Ertrag der Selbstkosten daselbst abgegeben.

Zur Submissionsöffnung am

18. März 1908, vormittags 1/10 Uhr,

auf dem **Schloßbauamt in Rastatt**, der die Anbietenden betreten können, sind die Angebote verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei einzuliefern. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

P. 735.2.1

Baden, den 21. Februar 1908.
Großh. Bezirksbauinspektion.
Forschner.

Bergung eiserner Brücken.

Für die Bergung des Personenbahnhofs **Karlsruhe** haben wir die Bergung und fertige Aufstellung des Eisenwerkes einer

Brücke mit 141 800 kg Flußeisen und mit 9 200 kg Stahl

im Wege des öffentlichen Angebots nach Maßgabe der Verordnung des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 zu vergeben.

Die Unterlagen hierzu können auf unserem Bureau, Ettlingerstraße 39 III, eingesehen werden, wobei auch Pläne, Berechnungen und Bedingungen gegen 3,50 M. Kassenzettel — für Portogebühren 30 Pfennig mehr — abgegeben werden. Angebote müssen spätestens bis zum Eröffnungsstermin

Montag den 23. März d. J.,

vormittags 11 Uhr, portofrei, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, eintreffen.

P. 707.2.1

Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen. Karlsruhe, den 29. Februar 1908.
Gr. Bohnbauinspektion II.

Bergung von Wasserleitungsarbeiten.

Die Arbeiten einer Wasserleitungsanlage von der Bach nach der Lokomotivstation im Bahnhof Singen sind im Wege der öffentlichen Vergütung gemäß den Bestimmungen der Verordnung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 zu vergeben, und zwar:

1. Grabarbeiten für 75 m Rohrgraben.
2. Ausföhrung von 90 m Rohrleitung aus 200 mm weiten gußeisernen Muffenröhren.
3. Herstellung von 2 Schächten aus 1 m weiten Zementröhren.

Die Pläne und Bedingungen liegen auf dem Dienstzimmer der unterzeichneten B. hörde zur Einsicht auf, wobei auch die Angebotsformulare zum Entschließen der Einzelpreise erbeten werden können. Eine Zusendung derselben nach auswärts findet nicht statt. P. 710.2.1

Die Angebote sind vollständig ausgefüllt, ausgerechnet und unterschrieben bis spätestens

Samstag, den 28. März d. J., nachmittags 5 Uhr,

verschlossen und portofrei, mit der Aufschrift: „Angebot zur Wasserleitungsanlage in Singen“ versehen, anher einzureichen.

Zuschlagsfrist 14 Tage.
Ettlingen, den 28. Februar 1908.
Großh. Bahnbauinspektion.

Westdeutscher Güterverkehr.

Vom 5. März 1908 ab wird die im Anhangstafel 14 (Zucker zur Ausfuhr) vorgegebene Frist für die Einbringung des Erhaltungsertrags für Sendungen, die bis einschließlich 31. August 1909 auf der Binnestation eintragen, von der sie angesetzt werden sollen, auf 18 Monate verlängert.

Karlsruhe, den 4. März 1908.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen.